

Bayern Info



Mitteilungsblatt des Deutschen Freidenkerverbandes e. V., Landesverband Bayern Nr.02-2005

◇ Inhalt	Seite
Erinnerung statt eines Editorials	
Landesmitgliederversammlung.....	1-2
Mitteilungen der OG München.....	2
Interview von P. Wolter mit C. Frerk.....	3-4
Aus dem Feuerbach Pflegeheim.....	4-5
Flüchtlinge in München entmündigt.....	5-6
100 Jahre Freidenker für Feuerbestattung...6-7	
Impressum.....	7
Eu-Verfassung v. Diana Johnstone.....	7-10

Erinnerung statt eines Editorials!

◆ Einladung zur Landesmitgliederversammlung des Landesverbandes Bayern des DFV e.V.

Eingeladen sind alle Mitglieder des Landesverbandes, zu denen auch die Mitglieder der Ortsverbände München, Aschaffenburg und Coburg sowie die nicht in Ortsgruppen erfassten Mitglieder des DFV Bayern gehören.

Beschluss des Landesvorstandes

vom 23.04.2005

Der Landesvorstand beruft die

Landesmitgliederversammlung des Deutschen Freidenker –Verbandes e.V., Landesverband Bayern

für **Sonnabend, den 23. Juli 2005,**

11:00-16.00 Uhr

in das Gewerkschaftshaus

Kornmarkt 5-7, 90402 Nürnberg,

nahe Hauptbahnhof –siehe Karte nächste Seite

Erdgeschoss KIBS – ver.di

ein.

I. Die Mitgliederversammlung wird mit einer **Problem-diskussion** eingeleitet.

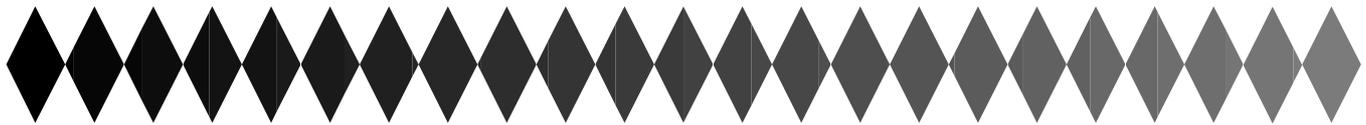
Thema:

„Freidenker in der aktuellen Auseinandersetzung um gesellschaftliche Aufklärung gegen die Zerstörung der Vernunft“. Dazu sind als Referenten, Klaus Hartmann, Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes und zum Thema“ Religiöser Fundamentalismus in der Politik“ Helmut Steuerwald, Mitglied des Landesverbandes Bayern, eingeladen

II. **Wahlberichtsversammlung**

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Konstituierung
2. Berichte:
 - a. Vorstandsbericht
 - b. Finanzbericht
 - c. Revisionsbericht
3. Aussprache
4. Beschlussfassung über:
 - a. Anträge zur Satzung
 - b. sonstige Anträge
6. Wahlen:
 - a. geschäftsführender Landesvorstand



- b. Revisorinnen
- c. Schiedskommission
- d. Delegierte zum Verbandstag

7. Schlusswort

Ende der Mitgliederversammlung ca. 16:00Uhr

◆ Mitteilungen des Vorstandes der

Ortsgruppe München des DFV

Wir erneuern unsere Einladung!

- ❖ **Sonntag, 10. Juli 2005, 10.30 Uhr: Videobrunch**
im Freidenkerzentrum in der Fleischerstr. 3
Lubitsch: Sein oder Nichtsein (USA 1942)
"Eine Satire über Schauspieler, Nazi-Geist und bösen Nazi-Humor", so Regisseur Lubitsch in einem Brief an Herman G. Weinberg 1948
(Bitte bis Freitag, 8. Juli, anmelden, damit genügend Essen gekauft wird.)
- ❖ **Samstag, 16. Juli 2005, ab 14.30 Uhr: im Ludwig-Feuerbach-Heim, Albrecht-Dürer-Str. 23, Neubiberg Sommerfest** mit Life-Musik, Kaffee, Kuchen, Grillen im Senioren- und Pflegeheim wird mit Angehörigen, Mitarbeiter/inne/n und Freund/ innen gefeiert
- ❖ **Montag, 25. Juli 2005, 19.30 Uhr:**
im Freidenkerzentrum in der Fleischerstr. 3
Wolfgang Haiduk und Ahmet Ylmaz:
Nazim Hikmet: **Gedichte türkisch / deutsch**
Zweisprachig werden Gedichte des mehrfach inhaftierten türkischen Dichters vorgestellt, für dessen Freilassung sich eine weltweite Solidaritätsbewegung entwickelte.
- ❖ **Donnerstag, 28. Juli 2005, 18.00 Uhr:**
im Freidenkerzentrum in der Fleischerstr. 3 Jugendgruppentreffen
gezeigt wird der Film "Dogma", USA 1999, Regie: Kevin Smith – eine "skurrile Weltuntergangskomödie".

Zu allen genannten Veranstaltungen sind Interessierte herzlich eingeladen, der Eintritt ist kostenlos – wir freuen uns aber über Spenden.

Weitere Informationen des OV München:

- Unserer Bürozeit freitags 15.00 – 18.00 Uhr
- Unser Tel: 089-76 85 03 (oder AB)

oder unter

- web.

▶ www.muenchen.freidenker.org

- Email

▶ freidenker-muenchen@t-online.de

▶ Büro: Fleischerstr. 3 (U 3/6, Poccistr.)

◆ **Was u. a. sonst noch in München passierte:**

Jugendfeier 2005 in München

Am 07.05.2005 fand im Weyprechthof die diesjährige Jugendfeier des Münchener Ortsverbandes statt. 12 Jugendliche feierten mit ihren Angehörigen und Mitgliedern des Ortsverbandes ihren Einstand ins Erwachsenenalter. Insgesamt waren über 90 Anwesende versammelt.

Alle 12 Jugendlichen berichteten von den Vorbereitungsstunden, in denen sie die Arbeit unseres Ortsverbandes kennen gelernt haben und miteinander über Themen wie Krieg und Frieden, Meinungsmanipulation und Vorurteile, Sekten und Aberglauben diskutiert haben. Der gemeinsame Besuch der KZ-Gedenkstätte Dachau hat bei den ihnen einen tiefen Eindruck hinterlassen.

Viel Spaß hatten alle mit der szenischen Darstellung „Sinn des Lebens“, indem durch Zitate berühmter Persönlichkeiten das Für und Wieder des Seins dargestellt wurde.

Die Festrede hielt die Landesvorsitzende der PDS Bayern Eva Bulling-Schröter. Sie war Bundestagsabgeordnete in der vorangegangenen Legislaturperiode. Inge Knoeckl referierte einleitend über die Geschichte der Jugendfeiern.

Radeltour Münchner Freidenker

Am 12.06. trafen sich insgesamt 10 Leute, Mitglieder des Ortsverbandes und an unseren Aktivitäten Interessierte zur Radeltour. Die 14 km-Strecke zum Deininger Weiher war leicht zurück gelegt. Bei einem gemeinsamen Essen konnten viele persönliche Interessen ausgetauscht werden, die bei unseren sonstigen Veranstaltungen oft zeitlich nicht besprochen werden können. Alle hatten viel Spaß und auch etwas sportlichen Ausgleich.

◆ **Eine Neuigkeit aus Nürnberg**

Unser neues Mitglied Bernhard Wegner hat sich an den Landesvorstand gewandt mit dem Vorschlag, eine neue Ortsgruppe in Nürnberg zu bilden. Deshalb fand am 28. Juni in Nürnberg in der Villa Leon ein erstes Sondierungsgespräch mit dem Landesvorstand statt. Zum Anti-Kriegstag im September soll die Ortsgruppe möglichst das erste Mal an die Öffentlichkeit treten. Vom Landesvorsitzenden wurde Unterstützung zugesagt.

Auf diesem Weg rufen wir alle Freunde des DFV in Nürnberg und Umgebung, auch jene, die es werden möchten, sowie Sympathisanten auf, sich der Initiative anzuschließen.

Bernhard ist unter folgender Telefon-Nr. zu erreichen: 0911-28 73 911

◆ **16. Weltfestspiele der Jugend und Studenten**

In der Zeit vom 5. bis 13. August finden in Caracas/Venezuela die 16. Weltjugendfestspiele statt. Der Verbandsvorstand hat in seiner letzten Sitzung in Magdeburg beschlossen, die Teilnahme von Jugendlichen Freidenkerinnen und Freidenkern zu unterstützen. Gleichzeitig wurden die Landesverbände aufgefordert, dies ebenso zu tun.



Dazu benötigen wir aber auch noch Spenden von Einzelmitgliedern unseres Verbandes. Wir bitten daher um Spenden unter dem Stichwort „Weltjugendfestspiele“ auf das Konto 106021606 bei der Postbank Frankfurt BLZ: 50010060

Spendenbescheinigungen werden auf Wunsch durch die Verbandskassiererin des LV Hessen erstellt.

Der Landesvorstand unterstützt diese Aktion und bittet Euch alle bayrischen Freidenker um eine Euren Möglichkeiten entsprechende Spende. Auch wenn sie noch so klein erscheint, ist diese Spende für unsere Freunde, die wir zu den Weltfestspielen schicken möchten, sehr wichtig.

Eberhard Schinck

◆ Wir dokumentieren aus junge Welt

(22.Juni2005)

"Mitarbeiter mussten in die Kirche eintreten"

Caritas und Diakonie bekommen nur 1,8 Prozent ihrer Gelder von den Kirchen. Die restlichen 44 Milliarden Euro berappt der Steuerzahler. Ein Gespräch mit Carsten Frerk
Interview: Peter Wolter

* Carsten Frerk ist freier Autor. Er hat jetzt das Buch "Caritas und Diakonie in Deutschland" veröffentlicht und nennt darin erstmals exakte Zahlen und Details zur Finanzierung dieser beiden christlichen Wohlfahrtskonzerne.

Frage: Viele Menschen begründen ihren Verbleib in der Kirche damit, die kirchlichen Wohlfahrtsverbände täten so viel Gutes. Wie viel Gutes tun Caritas und Diakonie?

Antwort: Die machen das gleiche wie die Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) oder die Volkssolidarität. Der Unterschied ist, dass sie sich mit dem Kreuz schmücken und glauben machen, ihre Arbeit sei nur durch erhebliche Kirchenzuschüsse möglich.

Das ist falsch. Caritas und Diakonie setzen im Jahr zusammen 45 Milliarden Euro um. Das Geld kommt aus öffentlichen Mitteln, nur 828 Millionen Euro bezahlen die Kirchen – das sind 1,8 Prozent der Gesamtsumme. Diese Eigenmittel fließen im Wesentlichen in drei Bereiche: die Hälfte in Kindertagesstätten und je ein Viertel in die Beratung und in die Verwaltung. In den Kindertagesstätten wird der Nachwuchs erzogen, d. h.: der künftige Kirchensteuerzahler. In Hamburg z. B. stehen alle Kindertagesstätten der Diakonie unter dem Motto "Mit Gott groß werden".

Frage: Ist es richtig, dass Caritas und Diakonie die größten nichtstaatlichen Arbeitgeber sind?

Antwort: Das gilt für ganz Europa. Zusammen beschäftigen sie 1,4 Millionen Menschen. Bleiben wir nur mal in Deutschland: BMW, VW und Mercedes haben zusammen etwa 450000 Mitarbeiter. Jeder dieser beiden Verbände hat also mehr Personal als die gesamte deutsche Autoindustrie.

Frage: Welchen Anteil haben Caritas und Diakonie an der Erosion des Sozialsystems der BRD?

Antwort: Die Einrichtungen beider Verbände wurden mit öffentlichen Mitteln finanziert und aufgebaut – befinden sich aber in deren Privatbesitz. Das ist eine Finanzmasse, die der Sozialstaat nicht mehr bewegen kann – er müsste sie erst von der Diakonie oder der Caritas zurückkaufen. Das heißt, der Staat hat in diesem Bereich kaum noch Lenkungsmöglichkeiten, weil beide Konzerne weitgehend nach Gutdünken wirtschaften.

Frage: 98,2 Prozent der Finanzierung dieser Wohlfahrtskonzerne kommen aus öffentlichen Mitteln. Kümmern sich die Rechnungshöfe um deren Verwendung?

Antwort: Das ist nur in Bayern durchgesetzt worden, wo der Rechnungshof z. B. im Jahre 1998 wegen unsachgemäßer Verwendung 52,2 Prozent der Mittel zurückgefordert hat. In anderen Bundesländern machen Diakonie und Caritas geltend, sie stünden unter dem Schutz des Artikels 40 Grundgesetz, wonach sie staatlicher Kontrolle nicht unterliegen.

Frage: Trotz aller "Einsparungen" werden also Milliarden öffentlicher Gelder unkontrolliert ausgegeben?

Antwort: AWO, DPWV und andere bekommen auch öffentliche Gelder, müssen über deren Verwendung aber Rechenschaft ablegen. Caritas und Diakonie brauchen das nicht und sind als kirchliche Einrichtungen auch noch von Steuerzahlungen befreit.

Frage: Die Mitarbeiter der an die Kirche angebotenen Wohlfahrtskonzerne unterliegen besonderen Restriktionen. Wurden die gelockert?

Antwort: Daran hat sich nichts geändert. Bei der Caritas werden immer noch geschiedene Mitarbeiter entlassen, bei beiden gibt es weder Mitbestimmung noch Streikrecht.

Frage: So richtig demokratisch klingt das nicht ...

Antwort: Ist Kirche demokratisch? Da steht doch vorne immer jemand, der anderen etwas erzählt. Ich habe noch keinen Gottesdienst erlebt, in dem diskutiert worden wäre.

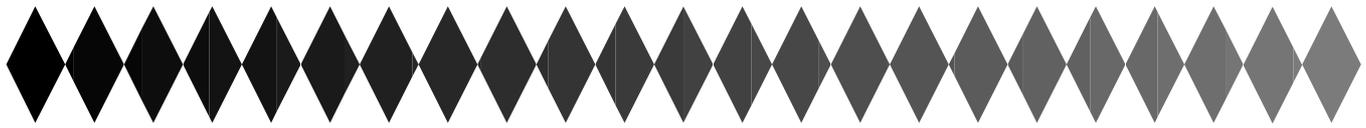
Frage: Caritas und Diakonie haben in Ostdeutschland nach der so genannten Wende zahlreiche Sozialeinrichtungen für einen symbolischen Preis einkassiert. Was geschah mit dem Personal?

Antwort: Beide Konzerne haben die Gelegenheit mit Erfolg genutzt, sich dort zu etablieren. Die vorhandenen Mitarbeiter wurden auf unterschiedliche Weise behandelt. Viele bekamen befristete Verträge – die nur dann in unbefristete umgewandelt wurden, wenn diese Mitarbeiter auch in die Kirche eintraten. Das war der massive Versuch einer Zwangskonfessionalisierung.

* "Caritas und Diakonie in Deutschland", Alibri-Verlag, 366 Seiten, 22,50 Euro, ISBN 3 – 86569-000-9

Den Artikel finden Sie unter:
<http://www.jungewelt.de/2005/06-22/022.php>

◆ Aus dem Feuerbach-Heim



Jetzt neu, jede Woche Informationstag im Senioren-Pflegeheim

Ludwig Feuerbach

Jeden Dienstag von 16:00 bis 18:00

Pflegeheim - Ludwig Feuerbach geht mit der Zeit

In einer Zeit da, sich die sozialen Korridore verengen, ist Hilfe zur Selbsthilfe besonders angemahnt. Die finanziellen sowie wirtschaftlichen Zwänge haben besonders auch im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens gravierende Auswirkungen. Wir haben uns deshalb sehr konkrete Ziele gestellt, um erhöhtes ethisches Verständnis und moralisches Verhalten, höheres Fachwissen aller Pflegepersonen ebenso wie Umsichtigkeit, Flexibilität und Planmäßigkeit im Umgang mit den personellen und materiellen Ressourcen für die pflegebedürftigen Menschen durch die Verantwortlichen unseres Pflegeheims sowie durch alle Mitarbeiter zu erreichen.

Wir im Ludwig-Feuerbach-Heim stellen uns diesen neuen Anforderungen.

Zu einer individuellen Beratungsstunde lädt der Heimleiter künftig jeden Dienstag zwischen 16:00 und 18.00 Uhr ein. Hier können Sie Ihre persönlichen Fragen und Probleme in vertraulicher Atmosphäre mit Insidern besprechen. So können Sie sich auch selbst ein Bild von uns machen. Wir werden Sie umfassend informieren.

Der Heimleiter, Herr André Schinck, sowie seine Teamkollegen werden gern Ihre Fragen beantworten, unser Heim vorstellen und Sie durchs Haus führen.

Vorweg schon mal so viel:

Unsere ethischen Ansprüche bleiben unverändert und klar.

Unser oberster Grundsatz lautet: Erhaltung der Persönlichkeit und Würde eines jeden Menschen, der uns anvertraut ist.

Religiosität, Weltanschauung, ethnische Herkunft, Hautfarbe, soziale Stellung, Geschlecht, Sexualität oder Alter und alles, was sonst noch die individuelle Vielfalt der Menschen ausmacht, findet bei uns Respekt und Achtung nach diesem Grundsatz.

Wir folgen dem **Ratschlag Ludwig Feuerbachs** [Philosoph, 1804 bis 1872]:

„Tue das Gute für den Menschen!“

Ein hohes Alter darf keine Pein oder gar Qual sein. Besonders der alt gewordene Mensch hat zuvörderst ein Recht auf feinfühliges, auf gerechte Achtung und Beachtung. In unserem Heim erfährt er eine ausreichende, eine individuelle und gute Pflege sowie eine interessante, angemesene Tagesgestaltung. Wir realisieren seinen besonderen persönlichen Anspruch auf Schutz, Sicherheit und Fürsorge.

Es ist uns bewusst, dass

die uns von Ihren Angehörigen, meistens sind es die Kinder oder Enkel, häufig auch einer der Eheleute, aber auch Lebensgefährte oder Freunde, anvertrauten älteren Menschen beim Eintritt in ein Heim in ihrem hohen Alter noch einmal einen tief greifenden Umbruch erleben. Wir begleiten dieses Ereignis besonders sorgsam. Wir beziehen die Angehörigen ein und beraten sie in der auch

für sie schwierigen Situation. Das verlangt eine enge und vertrauensvolle verständnisvolle Zusammenarbeit aller Beteiligten.

Dieser neue Lebensabschnitt wird der vermutlich letzte sein. Wir gestalten Pflege und Betreuung so, dass er eine neue optimale Lebensqualität für unseren neuen Heimbewohner darstellt. Er soll Leben und Erleben sein, statt Versickern eines Quells oder Austrocknen einer Lebensader.

Oft geht diesem neuen Leben im Heim in einer ganz anderen Umgebung und Gemeinschaft ein sehr schwerer Leidensweg, nicht selten auch ein quälender und von Ängsten gezeichneter Pflegeprozess voraus. Dieser meist mit viel Liebe und Hingabe, ja von Aufopferung begleitete Pflegeaufwand für einen lieben Menschen zu Hause von Angehörigen oder Freunden übersteigt dann allmählich oder auch plötzlich die eigenen physischen und psychischen Kräfte dessen bzw. derer, die Pflege leisten. Damit wird das Problem häufig zur Qual für beide Seiten. Gerade hier liegt unsere Aufgabe: **Hilfe zur Selbsthilfe** zu leisten. Dies tun wir gern für beide Seiten der Betroffenen. Wir gehen von der Möglichkeit des weiteren Zusammenseins der Familien und Freunde aus. Darauf haben wir unsere Arbeit und unser ganzes Heim eingestellt.

Wir führen in unserem Heim nicht nur Pflege für unsere **Dauerbewohner** sondern auch so genannte **Kurzzeitpflege** durch.

So können pflegende Angehörige oder Freunde über einige Tage oder sogar Wochen einmal ausspannen, sich erholen, verreisen, das Haus vorrichten, eine Krankheit in Ruhe auskurieren usw.

Wir nehmen ihre pflegebedürftigen Angehörigen zu uns und hier erfahren sie alle Vorzüge, die auch allen anderen Bewohnern zur Verfügung stehen. Sie sind völlig gleichberechtigt und werden völlig gleich behandelt.

Hingegen, in der jüngsten Zeit kann man aber auch immer häufiger auf falsche Propheten treffen. Leute also, manchmal sogar vermeintliche Fachleute und Institutionen, die in solchen schwierigen Entscheidungen einer Inanspruchnahme eines Pflegeplatzes in einem Pflegeheim Ratschläge erteilen, die in keiner Weise von den betroffenen Menschen ausgehen, sondern eher verballhorntes Denken oder einseitigen Egoismus reflektieren.

Machen Sie sich doch besser ein eigenes Bild! Lassen Sie sich nicht von Ungewohnheiten Schrecken. Beraten Sie sich mit uns vor Ort. Manche Hürde gilt es bei einer Heimaufnahme zu überspringen, aber wir helfen Ihnen dabei.

Um allen Anforderungen gerecht werden zu können, wurde unser Haus völlig neu errichtet. Im Jahr 2000, mit modernem Outfit und fast vollständig mit neuester Innenausstattung versehen. Neu eröffnet, verfügen wir nun über 90 helle Zimmer, davon 45 Einzel- und 45 Doppelzimmer, 38 mit Balkon oder Terrasse ausnahmslos alle mit Dusche und WC im Zimmer. Ein über 100 Quadratmeter großer sechseckiger Pavillon, einer der Zierden unseres Hauses, ist Speisesaal und zugleich ein Zentrum für unser kulturelles Leben.

Aus dem Pavillon kommt man direkt in den Gartenpark. Auf einer Fläche von ca. 6000 qm. ist hier, von Gartenmeisterhand gestaltet, ein Park in typisch englischem Stil entstanden. Eine sinnvolle Symbiose von jahrhundertealtem Laub- und Nadelholzbestand, von modernen Ziergehölzen, Obstbäumen, Rabatten, Hecken und nicht zuletzt



einen wunderschön angelegten Teich für wertvolle Kois und muntere Goldfische hat eine Oase für unsere Bewohner und manchen Besucher entstehen lassen. Über den Teich ist eine Brücke gelegt, damit alle auch unsere Rollstuhlfahrer das lustige Treiben unserer Fische miterleben können.

Eine Gestaltung von interessanten auf die Beschaffenheit der Bewohner bezogenen Tagesabläufen verbirgt in sich Aufgaben, die hohe Anforderungen an alle Beteiligten stellen.

Wir stellen uns diesem schwierigen Teil ganzheitlicher Pflege.

Der Mensch besteht nicht nur aus seinen biologischen Lebensabläufen wie Essen, Trinken, Ausscheiden und Schlafen. Auch im hohen Alter bleibt der Mensch ein ganzheitliches Wesen. Kontakt zu allem was ihn umgibt, Natur und Gemeinschaft von der Familie, über die Gemeinschaft im Heim bis zur ganzen Gesellschaft das hat ihn geformt, geprägt, und er hat dies alles selbst in irgendeiner Form aktiv mitgestaltet.

Auch als Bewohnerin oder Bewohner in unserem Heim dürfen sie nicht aus dieser Ganzheitlichkeit verdrängt werden.

Neben individueller Betreuung wird vieles in kleinen Gruppen organisiert und durchgeführt. Dem entsprechend haben wir unser Heim personell und räumlich darauf eingestellt.

Singen, manchmal auch Basteln, Malen, Raten, kleine sportliche Übungen, mehrmals wöchentlich Gymnastik in unserem 75 qm. großen Gymnastiksaal (ein Exemplar vom Feinsten), gemeinsames Lesen oder Vorlesen, Spiele im Park und selbstverständlich richtige zünftige Feten je nach Wetter im Saal oder im Park, das steht bei uns nicht nur auf dem Programm, sondern ist realer Alltag.

75 – 80% der pflegebedürftigen Menschen sind gerontopsychisch veränderte, also psychisch kranke Menschen (im Unterschied etwa zu Geisteskranken). Das ist auch bei uns so. Je nach Grad ihrer Beeinträchtigung sind sie oft nur begrenzt in der Lage, einen Defekt ihres Wahrnehmungsfilters zu kompensieren. Das stellt hohe Anforderungen an das Pflegepersonal.

Der individuelle Umgang mit ihnen muss sich auf spezielle medizinische und pflegerische Kenntnisse stützen können. Wir haben dabei in den vielen Jahren unserer praktischen Arbeit mit solchen Menschen und in der engsten Zusammenarbeit mit ihren Angehörigen die neuen hohen Pflegestandards entwickelt und wenden sie gewissenhaft und gefühlvoll an.

Unser Senioren- und Pflegeheim ist eine sehr dynamische, ständig in vielerlei Hinsicht Veränderungen unterworfen kleine Lebensgemeinschaft in Mitten der Gesellschaft. Wir verstehen uns als unentbehrlicher Teil unserer Gartenstadt Neubiberg. Hier haben wir unseren gemeinnützigen Auftrag zu erfüllen, und wir tun dies mit Eifer, Freude und ehrlicher Überzeugung für unsere humanistischen Ziele und Ideen.

André Schinck, Heimleiter

Flüchtlinge entmündigt

Geld statt Sachleistungen gefordert: Seit sechs Wochen boykottieren Bewohner eines Sammelalters in München ihre Nahrungsmittelpakete
von Nick Brauns, München

"Wir wollen Geld statt Sachleistungen" und "Das Recht auf Selbstbestimmung gilt auch für Nichtdeutsche" – diese Forderungen standen im Mittelpunkt der Aktionstage gegen Essenspakete für Flüchtlinge in München, die am Dienstag mit einer Kundgebung vor dem bayerischen Sozialministerium zu Ende gingen.

Seit Anfang Mai boykottieren rund 60 Bewohner des Flüchtlingsalters an der Emma-Ihrer-Straße die zweimal wöchentlich angelieferten Nahrungsmittelpakete. Es verstoße gegen ihre Menschenwürde, sich vom Staat die Ernährung vorschreiben zu lassen, beklagen die Flüchtlinge. Zudem wird keine Rücksicht auf Krankheiten, Allergien oder persönliche Abneigungen genommen. Da die Nahrungsmittel minderer Qualität sind und das am Donnerstag gelieferte Brot bis Dienstag längst schimmelt, muss fast jeder Flüchtling sein geringes Taschengeld von monatlich 40 Euro für den Einkauf weiterer Lebensmittel aufwenden. Eigenes Geld verdienen können Flüchtlinge aufgrund eines Arbeitsverbots nicht.

Die erste Reaktion auf den Boykott der Essenspakete war Mitte Mai eine Razzia, bei der ein Grossaufgebot der Polizei um vier Uhr nachts das Lager durchkämmte. Doch die Einschüchterungstaktik der Behörden ging nicht auf. Mit Hilfe von Lebensmittelspenden aus der Bevölkerung setzten die Flüchtlinge ihren Boykott bis jetzt fort.

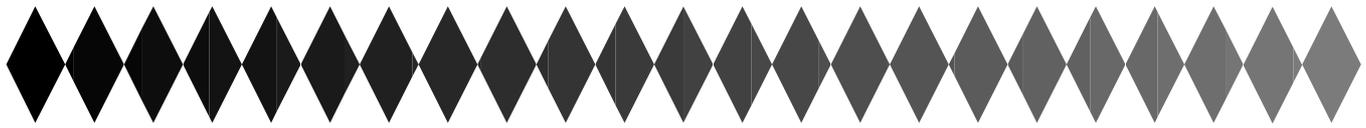
Um den Protest in das Herz der Stadt zu tragen, organisierte die "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" zusammen mit Bewohnern aus verschiedenen Heimen, dem Münchner Flüchtlingsrat und anderen Gruppen die viertägige Aktion. Auf Schautafeln rund um ein Aktionszelt am zentral gelegenen Sendlinger-Tor-Platz können Besucher sehen, wovon Flüchtlinge nach dem Willen der bayerischen Regierung drei oder vier Tage leben sollen: ein Liter H-Milch, eineinhalb Liter Wasser, eine Packung Orangensaft, Margarine, 150 Gramm Käse, 135 Gramm Thunfisch, ein Broccoli, eine Banane, drei Zwiebeln, 300 Gramm Hühnchen-Nuggets, eine Tafel Schokolade und ein halbes Kilo Reis. Von Passanten gab es viel Zuspruch für die Aktion. Nur vereinzelt gab es rassistische Pöbeleien; Neonazis versuchten, Fotos von den Aktivisten zu machen.

Vertreter der SPD, der Grünen und der Kirchen haben sich mittlerweile den Forderungen der Flüchtlinge angeschlossen. "Essenspakete sind Ausdruck eines Sonderrechtssystems, das Flüchtlinge zu Menschen zweiter Klasse degradiert und ihnen ein so selbstverständliches Recht wie die freie Nahrungswahl vorenthält", heißt es in einer Erklärung des Ausländerbeirats. "Dies ist Teil einer Sondergesetzgebung, die Flüchtlinge auch die freie Wohnungs- und Arbeitswahl vorenthält und sie damit schikaniert und kriminalisiert."

Im Sozialministerium kann man die Proteste nicht verstehen. "Bei uns werden die Leute anständig behandelt", erklärte Ministerialrat Bruno Lischke auf einer Podiumsdiskussion. Er erwarte "ein gewisses Maß an Dankbarkeit und nicht nur Beschimpfungen", wenn Flüchtlinge nach Deutschland kämen. Ab kommendem Jahr sollen

◆ Wir dokumentieren aus junge Welt

22. Juni 2005



die Flüchtlinge wenigstens aus Nahrungsmittellisten auswählen können. Doch die Auszahlung von Bargeld würde gegen das Asylbewerberleistungsgesetz verstoßen, denn Ziel sei es schließlich, "keine Anreize zur Einreise zu geben". "Wir sind nicht wegen dem Essen nach Deutschland gekommen, sondern weil wir zu Hause gegen die Regierung gekämpft haben", rief der syrische Kurde Ahmed Darwisch wütend.

"Frühstueck + Pausenbrot = Starthilfe für erfolgreiche Schultage", forderte der bayerische Gesundheitsminister Werner Schnappauf in einer öffentlichen Kampagne. Für Flüchtlingskinder scheint diese Forderung nicht zu gelten. So enthält das Essenspaket für drei Tage an frischem Obst und Gemüse drei Zwiebeln, zwei Äpfel, eine Birne und eine Zitrone. Für dreimal Frühstueck und Pausenbrot reicht das nicht, und für den Rest des Tages blieben gar keine Vitamine übrig. Den Geschmack von frischer Milch lernen Flüchtlingskinder in München überhaupt nicht kennen.

"Na Mahlzeit, Frau Stewens" lautet unter anderem deshalb das Motto der Abschlusskundgebung vor dem Sitz der bayerischen Sozialministerin. "Wir fordern Ministerin Christa Stewens auf, die Anregung ihres Amtskollegen Schnappauf ernst zu nehmen und dafür Sorge zu tragen, dass auch Flüchtlingskinder die Möglichkeit haben, sich gesund zu ernähren", erklärte Monika Steinhauser vom Münchner Flüchtlingsrat am Dienstag.

Den Artikel finden Sie unter:
<http://www.jungewelt.de/2005/06-22/017.php>

(c) Junge Welt 2005
<http://www.jungewelt.de>

◆ Zum 100. Gründungstag der „Freidenker für Feuerbestattung“ in Berlin

Viele Generationen von Denkern und Forschern haben um die Probleme der Entstehung, der Entwicklungsgeschichte und des Wesens der Religion gerungen. Zwar haben weder die antike noch die feudale, noch die bürgerliche Wissenschaft diese Fragen zu lösen vermocht, aber die Bemühungen all dieser Wissenschaftler und Forscher sind doch nicht vergebens gewesen. Die umfangreichen Ergebnisse ihrer Arbeit sind jeweils in den darauf folgenden Erkenntnissen aufbewahrt und letztlich auf höhere Stufe gehoben. Dies war nicht hauptsächlich etwa das Ergebnis der natürlichen geistigen Entwicklung der Menschheit. Das Ringen um eine wissenschaftliche Auffassung vom Wesen und den Wurzeln der Religion war vielmehr ein Teil der ideologischen Auseinandersetzung zwischen den progressiven Kräften der Gesellschaft und der Reaktion. Die Verteidiger der Religion haben auch die jeweilige Ausbeuterordnung der Sklavenhalter, der Feudalherren oder der Bourgeoisie verteidigt, und die Kritiker der Religion haben die reaktionären Kräfte der Gesellschaft bekämpft. „... die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik“ [Marx, in Zur Kritik d. Hegelschen Rechtsphil. ME W. Bd. 1 S. 378]

Die Freidenkerbewegung hat von Anfang an auf der Seite der Fortschrittkräfte gestanden. Sie hat sich immer aus der Klasse, die den Fortschritt trägt, entwickelt. Arbeiterbewegung ohne Freidenker ist in Deutschland eigentlich nicht denkbar und umgekehrt.

Um die Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert ging, hervorgerufen durch die rasche Ausweitung der industriellen Großproduktion, die massenweise Proletarisierung immer schneller und brutaler voran. Soziale Entwurzelung, familiärer Ruin, Kindersterblichkeit, Arbeitsunfälle, Arbeitskrankheiten, Seuchen, Hunger und vieles mehr charakterisierten den kapitalistischen Verelendungsprozess. Kaum Wunder, dass unter diesen Bedingungen religiöse Hoffnungen, Wundergläubigkeit, Hinnahme kirchlicher Ausbeutung eine rapide Abnahme an Akzeptanz erfuhren. Freidenker waren vor zwingende Alternativen gestellt. Die Idee der Feuerbestattung hatte trotz vorangegangener jahrzehntelanger Diskussion und Propaganda durch eine Anzahl Intellektueller noch relativ wenig Verbreitung gefunden. Die große Masse der einfachen Menschen aus den untersten Klassen und Schichten waren von dieser Idee fasst noch gar nicht erfasst worden. Es gab in Deutschland nur einige wenige Krematorien, in Preußen waren noch nicht einmal die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Einäscherung geschaffen. Staat und Kirche standen beide einer Bewegung für Feuerbestattung todefeindlich gegenüber. Sie waren bereit, jede Feuerbestattung zu unterdrücken.

Gerade dieser Kampf aber, den die Freidenker um die Durchsetzung ihrer noch jungen Feuerbestattungs idee gegen Kirche und Staat zu führen hatten, machte es notwendig, dass eine eigene proletarische Bewegung geschaffen wurde. Diese Bewegung sollte nicht nur wegen ihrer Stellung zur Bestattungsform entstehen. Sie sollte strukturell diese neue Idee mit der Gegnerschaft zum Obrigkeitsstaat und antikirchlichen Erkenntnissen verbinden. Die Gründung der Bewegung als Verein wurde 1905 von 12 Sozialdemokraten in Berlin vorgenommen. Sie gründeten den „Verein der Freidenker für Feuerbestattung“. Mit ihrem mutigen Schritt verfolgten die Gründerväter das Ziel: „... die Idee der Feuerbestattung, getragen von sozialistischen und antikirchlichen Erkenntnissen in die Massen des Proletariats hineinzutragen“. Der Vorsitzende des Deutschen Freidenker-Verbandes, Max Sievers, der vom faschistischen Reichsgericht zum Tode verurteilt und 1944 ermordet wurde, hatte seine grundsätzliche Bewertung dieser Gründung des „Verein der Freidenker für Feuerbestattung“ auf dem Freidenker-Reichskongress von 1925 gegeben: „Als 1905 jene 12 Genossen zusammentraten, um im Gegensatz zu den bürgerlichen Vereinen eine in ihrer Tendenz und Struktur rein proletarische Organisation für Feuerbestattung zu gründen, ahnte wohl keiner von ihnen, zu welchem mächtigem späteren Bau sie den Grundstock legten. Dennoch war es eine mutige, zielbewusste Tat, die sie vollbrachten.“

Der Erinnerung daran war auch die ideologische Konferenz des Deutschen Freidenker-Verbandes am 19. Februar 2005 in Berlin unter dem Thema „Aufklärung gegen Volksverdummung und Zerstörung der Vernunft“ gewidmet.

Eberhard Schinck



V.i.S.d.P. Eberhard Schinck, München.

Das BayernInfo ist ein Forum für linke und freidenkerische Diskussion und Information. Zuschriften sind deshalb unbedingt erwünscht.

Redaktionsanschrift: Bayern-Info, c/o. Eberhard Schinck, Albrecht-Dürer-Str. 23, 85579 Neubiberg

Tel. 089 / 600 86 810

email: e.schinck@freidenker.de

Konto des LV Bayern: Nr. 45101482 bei der Sparkasse München (BLZ 701 500 00)

◆ Wir dokumentieren aus

junge Welt v. 01.06.2005

<http://www.jungewelt.de/2005/06-01/004.php>

WETTLAUF UM EINFLUSS: TRÄGT DIE VERFASSUNG DAZU BEI, DIE EUROPÄISCHE UNION ZU EINER »GEGENMACHT« GEGENÜBER DEN VEREINIGTEN STAATEN ZU MACHEN?

Von Diana Johnstone *

Auf die Frage, »Was ist das stärkste Argument zugunsten eines »Ja«?, lautet die Antwort von Francois Bayrou, Chef der liberalen Sammelpartei UDF: »Die Welt wird von der US-amerikanischen Macht dominiert, der die chinesische Macht als Konkurrent entgegentritt. Wollen wir die Vorherrschaft dieser beiden Imperien hinnehmen, und ihre Gesellschaftsmodelle? (...) Alle Gegner der europäischen Idee träumen von unserem Nein, die neokonservativen Kreise der USA, die anti-europäischen britischen Konservativen, die äußerste Rechte in Europa und die äußerste Linke, Le Pen und Besancenot«.

Dominique Strauss-Kahn drückt sich noch klarer aus: »Wir brauchen den europäischen Verfassungsvertrag, um dem amerikanischen Hegemonismus Paroli zu bieten«.

In der einen oder anderen Form tauchte dieses Argument zur Rechtfertigung und Erklärung des »Ja« immer wieder auf. Die Grundidee ist, dass diese Verfassung die notwendige (und vielleicht sogar hinreichende) Bedingung dafür ist, dass die Europäische Union gegenüber den Vereinigten Staaten als eine »Gegenmacht« erkennbar wird.

Ich möchte zeigen, dass dieses Argument falsch ist, und zwar sowohl hinsichtlich der vorausgesetzten Annahmen und noch mehr in den daraus gezogenen Schlussfolgerungen. Dabei möchte ich unterstreichen, was mir an diesem Argument als ehrlich gemeint erscheint, nämlich seinen tieferen Sinn in der Geisteshaltung der nahezu gesamten politischen Klasse Frankreichs. Denn es handelt sich hier nicht um eine ordinäre Lüge, sondern vielmehr um den Ausdruck einer großen Verwirrung im Bezug auf die »europäische Idee«.

Zunächst kann man zwei vorausgesetzte Annahmen als abwegig festmachen, nämlich dass a) diese Verfassung die EU als Gegenmacht stärkt, woraus folgen soll, dass b) die amerikanischen Hegemonisten auf ein »Nein« der

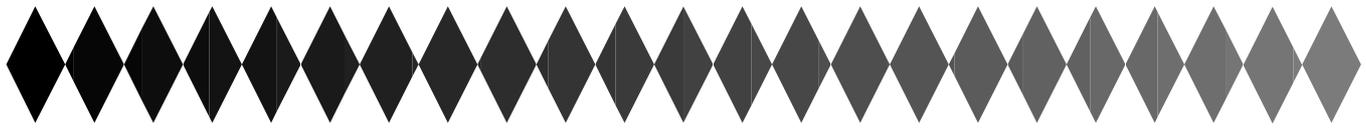
Franzosen hoffen. So sei denn das »Ja« in gewisser Weise eine feinsinnige Unabhängigkeitserklärung Europas gegenüber der Hegemonie von jenseits des Atlantik.

Der ersten vorausgesetzten Annahme widerspricht der Text dieser Verfassung selbst. Denn die darin zum Ausdruck kommenden »Werte« sind ein Echo der neoliberalen »Werte«, wie sie gegenwärtig die amerikanische Supermacht vertritt. Schlimmer noch: Diese Verfassung geht in dieser Richtung viel weiter als diejenige der USA. Der Teil III greift die neoliberale Politik auf, die schon in den Verträgen seit Maastricht enthalten ist, und schreibt sie in einer »Verfassung« fest, deren Änderung einstimmigkeit erfordert. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, die die Möglichkeit offenlassen, auf pragmatische Weise wirtschaftspolitische Änderungen vorzunehmen, beispielsweise indem das Wachstum durch Haushaltsdefizite angeregt wird, will sich die Europäische Union in eine neoliberale Zwangsjacke sperren, deren erklärtes Hauptziel – produktive Investitionen anzulocken, um Arbeitsplätze zu schaffen – sich immer mehr verflüchtigt.

Die vorgeschlagene Verfassung bindet die Europäische Union an die NATO – das Instrument der USA zur Beherrschung Europas – und sogar an deren derzeit angesagten Kreuzzug, den »Kampf gegen den Terrorismus«. Was also könnte Washington noch mehr erwarten? Dass Europa und seine Mitgliedsstaaten jeglicher Möglichkeit beraubt werden, eine Außenpolitik zu definieren und zu verfolgen, die unabhängig, klar und effizient ist! Nun, diese Verfassung trägt auch diesem Wunsche Rechnung, indem sie alle Staaten verpflichtet, sich auf eine Außenpolitik zu einigen, die einstimmig beschlossen wird. Das perfekte Rezept für Machtlosigkeit. Außer für jene, die sich wie das Vereinigte Königreich dafür entscheiden würden, den Vereinigten Staaten Gefolgschaft zu leisten, koste es, was es wolle.

Weltkriegslektionen

Manche behaupten, die Vereinigten Staaten seien der europäischen Konstruktion feindlich gesonnen. In Wirklichkeit haben die Vereinigten Staaten seit dem Zweiten Weltkrieg die europäische Einigung kontinuierlich unterstützt, und zwar so, wie sich diese entwickelt hat, d.h. als ein großer Markt, wirtschaftlich offen und politisch ungefährlich, als eine Kopplung von starker Wirtschaft und schwacher Politik (man könnte eine interessante Parallele zum Sowjetblock nach dem Kriege ziehen, wo die sozialistische Wirtschaft die politischen Differenzen verwischen sollte, aber das ist ein anderes Thema). Darin kommt die Idee zum Ausdruck, dass es, um eine Wiederholung der Kriege 1914–18 und 1939–45, die zum Ruin der großen kapitalistischen Mächte des Kontinents geführt haben, zu vermeiden, notwendig ist, im wesentlichen die deutsche und französische Industrie so zusammenzufügen, dass sie zu eng verflochten sind, um sich gegeneinander zu richten. Diese wirtschaftliche Einigung würde dann unausweichlich die politische Einigung nach sich ziehen, die dann in derselben Richtung einer Befriedung verlaufen würde. Um das Ganze zu garantieren, würde der Schutzengel von jenseits des Atlantiks die Streitkräfte der ehemaligen Kriegsgegner in einer einzigen Allianz unter seiner Führung zusammenbinden. All dies ginge somit in dieselbe Richtung einer Entschärfung des Antagonismus des französisch-deutschen »Paares«, angeblich unfähig, seine eigenen Streitigkeiten zu handhaben, ohne letztlich in Krieg und Völkermord zu enden.



Eine übertriebene Darstellung? Keineswegs. Diese Vorstellung von einem Europa, dessen chronisch kriegslüsterne Verantwortungslosigkeit eine amerikanische Abbremsung und Vormundschaft erforderlich macht, überwiegt in der Darstellung des europäischen Kontinents durch die Medien der USA und in der Geisteshaltung sehr vieler ihrer Politiker. Sagen sie dies auch nicht laut, so denken sie es doch im Stillen. Im Übrigen ist offenkundig, dass dieselbe Überlegung in den Medien und bei der politischen Klasse des alten Kontinents keineswegs gänzlich fehlt.

Diese Interpretation der Unfähigkeit der Europäer, sich ohne amerikanische Betreuung anständig zu benehmen, in einem Wort zusammengefasst, heißt: »Auschwitz«. Das ist das Schlüsselwort der ideologischen Hegemonie der USA in Europa, die auf einer Mythologisierung des Zweiten Weltkriegs beruht, reduziert allein auf die Befreiung der Juden von ihren Henkern durch die Angloamerikaner. Denn angesichts des völkermörderischen Europa erscheinen die Vereinigten Staaten wie unschuldig, also würdig, die moralische Führerschaft eines für immer mit einer unverzeihlichen Sünde befleckten Europa zu übernehmen, wie übrigens auch über die ganze Welt. Die ehrlichsten der liberalen europäischen Atlantiker glauben ernsthaft, dass diese doppelte Zwangsjacke – die wirtschaftliche und politische Einigung und die US-Vormundschaft in Sachen Sicherheit – das einzige Mittel ist, den Frieden und die Wohlfahrt ihrer Länder zu garantieren.

Was den Frieden anbelangt, wäre dies wahrscheinlicher, wenn die Vereinigten Staaten dieselbe Lehre aus den beiden Weltkriegen gezogen hätten wie die meisten Deutschen, Franzosen und Italiener, die unter Zerstörungen, fremden Besatzungen und Niederlagen gelitten hatten und schließlich auf Krieg verzichten wollten. Gleiches gilt für die Russen, die, obgleich Sieger, die größten materiellen und menschlichen Verluste erlitten hatten.

Das Problem ist, dass die Lektion für die Vereinigten Staaten keineswegs dieselbe ist. In der amerikanischen Mythologie (und selbst der britischen) war der Zweite Weltkrieg der »gute Krieg«, durch den das Gute das Böse vernichtet hat, und zwar mit der militärischen Macht der Vereinigten Staaten, mit dem Segen eines interkonfessionellen Gottes. Und sie sind bereit, damit noch einmal zu beginnen.

Ein gefährlicher Widerspruch ergibt sich aus der Tatsache, dass dieses durch seine eigenen kriegerischen Exzesse zum Frieden gelangte Europa sich in Sicherheit wähnt, indem es die Führung seiner militärischen Angelegenheiten auf dem Weg über die NATO dieser Großmacht europäischen Ursprungs anvertraut, die keineswegs auf den Krieg verzichtet hat. Dieses Europa, das sich selbst nicht mehr bekriegen möchte, steht, ohne sich dessen bewusst zu sein, paradoxerweise im Begriff, in nicht endende Kriege gegen den Rest der Welt hineingezogen zu werden.

Dies ist nicht das einzige verhängnisvolle Resultat der Fixierung Westeuropas nach 1945 auf die Vereinigten Staaten. Eine idealistische Vision von den Vereinigten Staaten hat seit sechzig Jahren die europäische Vorstellungswelt beherrscht. Daran hat der gelegentlich auftretende Anti-Amerikanismus einer Minderheit nichts geändert; der Einfluss des Films, der Musik, der amerikanischen Lebensweise ist in jedem europäischen Lande stärker als derjenige seiner unmittelbaren Nachbarn auf

dem Kontinent. Die Medien eines jeden EU-Landes räumen den Nachrichten aus den USA mehr Platz ein als aus anderen Mitgliedsstaaten; während Englisch an Boden gewinnt, ist das Erlernen anderer europäischer Sprachen weiter rückläufig. So ist das, was die Europäer eint, weniger eine (zu entfaltende) »europäische Kultur« als der Reflex der aus der Ferne wahrgenommenen amerikanischen Kultur.

Ein dementsprechender Nachahmungsdrang befällt auch die Konstruktion Europas. Die Vereinigten Staaten sind das Modell für eine europäische Föderation (oder, je nach Überzeugung, Konföderation), die einig und prosperierend genug ist, um »Gewicht in der Welt« auszuüben. Gerade an diesem Punkt zeigt sich am deutlichsten das Zweischnidige der erklärten Ambitionen der Atlantiker, die Europa stärken wollen, damit es, so sagen sie, fähig ist, sich gegenüber den anderen Großmächten, und insbesondere gegenüber den Vereinigten Staaten, durchzusetzen.

Das imperiale Kondominium

Was wollen jene zum Ausdruck bringen, die erklären, das Hauptargument zugunsten des »Ja« sei, Europa die Möglichkeit zu geben, der amerikanischen Supermacht Paroli zu bieten? Hält man sich an die Texte – insbesondere den Artikel I-41, der die Verteidigungspolitik an die NATO bindet –, könnte diese Äußerung als schlicht kontrafaktisch abgetan werden. Doch vielleicht ist es nützlich, davon auszugehen, dass die meisten von denen, die dies sagen, nicht lügen, sondern eine besondere Idee im Kopf haben, und zu versuchen, die Grundlage dieser Idee zu verstehen.

Es scheint mir tatsächlich so, dass die Atlantiker, die die Verfassung verteidigen, um die EU gegenüber den USA zu stärken, von der Vorstellung einer echten Rivalität zwischen den beiden ausgehen, aber einer Rivalität innerhalb desselben sozioökonomischen und geostrategischen Systems, eines Systems, das ich das imperiale Kondominium nenne (Condominium Impérial, abgekürzt CI, auch bekannt unter dem Namen »Communauté Internationale«). Dieses CI würde eine Lösung für das Problem der Kriege zwischen imperialistischen Mächten bieten, die 1914–18 in die Katastrophe geführt haben. Es geht darum, diese imperialistischen Mächte unter der Hegemonie der Vereinigten Staaten zu einigen, um dieselben »Werte und Interessen« überall in der Welt durchzusetzen.

Diese »Werte« sind die »Menschenrechte«, die sich seit relativ kurzer Zeit in den reichen Ländern entwickelt haben. Dabei handelt es sich eher um Freiheiten des Verhaltens als um Rechte auf Befriedigung lebensnotwendiger Grundbedürfnisse (Nahrung, Wohnung, Gesundheit, Arbeit, Bildung). Es sind im wesentlichen Individualrechte, die mit den fortgeschrittenen liberalen Gesellschaften verträglich sind, wo es das gehobene Lebensniveau möglich macht, den »Krieg aller gegen alle« um das Überleben hinter sich zu lassen. An sich sind diese Rechte für das Glück der Menschen ohne Frage wünschenswert. Problematisch wird es, wenn die Berufung auf diese Rechte dazu dient, das gute Gewissen der Reichen zu bestärken, während sie sich in die Angelegenheiten der weniger Begünstigten einmischen wollen.

In einem fortgeschrittenen kapitalistischen System sind die Interessen ähnlich in dem Sinne, dass »die Freiheit« darin einen zentralen Platz einnimmt, aber genau ge-



nommen handelt es sich vor allem um die Freiheit des Finanzkapitals, überall zu investieren und so die materielle und soziale Form der Gesellschaften zu bestimmen. Da dieses System von Natur aus wettbewerbsorientiert ist, ist es unvermeidbar, dass im Innern zwischen den Einheiten, aus denen es besteht, Wettbewerb herrscht. Die »Unabhängigkeit«, die von den Atlantikern gepriesen wird, ist im Grunde nichts anderes als das Niveau von Wettbewerbsfähigkeit, das Europa besitzen muss, um diese Konkurrenz mit den Vereinigten Staaten durchzuhalten, wobei es mit diesen zugleich eng verbunden ist. Es handelt sich auf keinen Fall darum, eine Politik zu verfolgen – sei es wirtschaftlich oder geostrategisch –, die von den USA grundlegend verschieden ist. Diese Rivalität im Innern besteht bereits, aber unsere führenden Politiker sprechen darüber in der Öffentlichkeit sehr wenig oder in einer beinahe kodierte Sprache. So verfolgt man Politiken, deren eigentliche Motivation, Begründetheit und Ergebnisse nicht öffentlich bewertet und debattiert werden.

Nehmen wir folgendes Beispiel: Die übereilten Erweiterungen der EU nach Osten gehören zu jener mit den Vereinigten Staaten rivalisierenden Politik, die nicht beim Namen genannt wird. Die Pro-Europäer wurden nicht müde, darauf hinzuweisen, dass es eigentlich notwendig gewesen wäre, zuerst die EU zu »vertiefen«, bevor man sie erweitert. Der gesunde Menschenverstand weiß: Alles kann verdorben werden, wenn man es zu schnell macht. Man hatte bereits die Schäden vor Augen, die Deutschland durch seine überstürzte Wiedervereinigung erlitt, worin man allerdings einen Sonderfall sehen konnte. Bei den baltischen Staaten und nun bei Rumänien und Bulgarien (und morgen vielleicht bei der Ukraine und Georgien) folgt diese Flucht nach vorn einer anderen Logik. Man könnte auf den Gedanken kommen, dass es sich um die Rivalität mit Russland handelt. Einige dieser Länder (insbesondere die baltischen Länder) scheinen sich von Russland trotz seines freiwilligen und friedlichen Rückzugs auf Dauer bedroht zu fühlen. Aber die führenden westlichen Politiker wissen sehr wohl, dass Russland keine Bedrohung darstellt. In Wirklichkeit entspricht die Osterweiterung sehr viel mehr den Notwendigkeiten der Rivalität mit den Vereinigten Staaten, deren Einfluss in diesen Ländern bereits vorherrschend ist und sich mit der Ausdehnung der NATO noch verstärkt. Die Erweiterung durch die Türkei würde einer ähnlichen Logik folgen.

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass sich die EU somit in einen Wettlauf um Einfluss mit den Vereinigten Staaten hineingezogen sieht, während sie (mittels ihrer Verfassung) doch ihre Bindung an eine vollständig von Washington dominierte atlantische Allianz bekräftigen möchte. Die Einbeziehung der Länder des Ostens kann sicher dazu beitragen, den Einfluss der Länder Westeuropas zu verstärken, aber um den Preis einer Schwächung der Unabhängigkeit Europas im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten.

Ein ähnliches Phänomen lässt sich an der aktiven (wenngleich sekundären) Rolle der EU bei den orange-farbenen und anderen »Revolutionen« beobachten, die vollständig von Washington aus ferngesteuert und finanziert sind.

Diese »Revolutionen« verfolgen das eindeutige Ziel, die Volkswirtschaften dieser Länder durch Vermittlung von Politikern, die den USA (wo die meisten ihre Ausbildung erhalten haben) mehr als ihren eigenen Völkern ergeben

sind, dem ausländischen Kapital zu unterwerfen. Ist dies alles – einschließlich der damit verbundenen ständigen Provokation Russlands – wirklich im Interesse der EU und ihrer Völker? Die Frage sollte man sich wenigstens stellen. Aber eine öffentliche Debatte über solche Fragen findet nicht statt.

Die »Lehren vom Balkan«

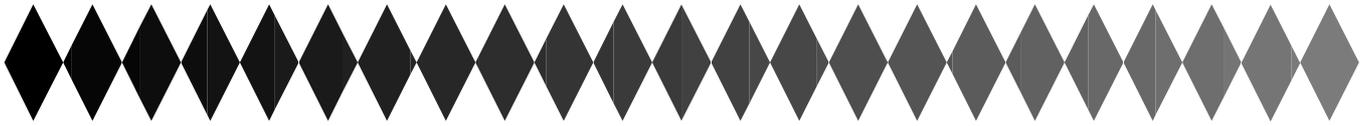
Die Konfusion, die bei der Beschreibung einer europäischen Politik »der Unabhängigkeit« herrscht, erreicht ihren Höhepunkt mit den angeblichen »Lehren vom Balkan«. Das beherrschende Klischee kommt sehr gut bei Henri de Bresson von Le Monde zum Ausdruck, wenn er zur Außen- und Sicherheitspolitik in der Verfassung schreibt: »Aufgrund der Lehren aus den Kriegen auf dem Balkan, die sie nicht haben verhindern und nur dank der Intervention der USA haben beenden können, stattdessen sich die Europäer mit einem Instrument aus, das ihrer außenpolitischen Aktion neue Glaubwürdigkeit verleiht. Das ist ein großer Schritt.«

Absolut alles an dieser Analyse ist falsch. Ich beharre nicht weiter auf der Tatsache, dass die Bindung an die NATO dieses »Instrument, das ihrer außenpolitischen Aktion neue Glaubwürdigkeit verleiht«, von vornherein wertlos macht. Der Irrtum geht viel tiefer und ist zugleich sehr aufschlussreich.

Erst einmal ist es nicht, wie man immer wieder gerne behauptet, die militärische Schwäche Europas, die für sein Scheitern auf dem Balkan verantwortlich war. Das war seine politische Schwäche. Die EU hat die Ursachen des jugoslawischen Dramas nie richtig analysiert und nie richtig begriffen. Nie hat sie – was sie hätte tun können und müssen – ein klares Jugoslawien-Programm entwickelt, um die Sezessionskriege zu vermeiden. Und als das Schlimmste eintrat, war sie unfähig, eine Politik zu erarbeiten, die geeignet gewesen wäre, Frieden zu schaffen, eine Politik, die die hinterlistigen Bemühungen Washingtons, jeden Friedensschluss außer einem amerikanischen zu vermeiden, durchkreuzt hätte (siehe hierzu die Memoiren von David Owen).

Diese Schwäche hing mit dem Mangel an Einigkeit unter den EU-Mitgliedsstaaten zusammen – aber mehr noch mit ihrem Willen, dieses Nichtvorhandensein von Einigkeit zu kaschieren, indem man den Eindruck einer Einigkeit erweckte, die in Wirklichkeit nicht vorhanden war! So war die Position Deutschlands zugunsten von nicht-ausgehandelten Sezessionen, eine Position, die den Bürgerkrieg unausweichlich machte, anfänglich zu recht von allen anderen EU-Mitgliedsstaaten abgelehnt worden, insbesondere von Frankreich und dem Vereinigten Königreich, aber auch selbst von deutschen Diplomaten vor Ort in Belgrad. Aber just wegen der Nähe zur Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht, und weil es nicht opportun war, der ganzen Welt die eigenen Meinungsverschiedenheiten vor Augen zu führen, kapitulierten der gesunde Menschenverstand dieser Mehrheit vor dem verbissenen Streben der deutschen Regierung, seinen alten Feind, Jugoslawien, zugunsten der Unabhängigkeit seiner alten Klienten Kroatien und Slowenien zu zerschlagen. Und in der Folge haben sich alle führenden Politiker – besonders die französischen –, die recht gehabt hatten, bemüht eine Entscheidung zu rechtfertigen, die auf tragische Weise falsch war.

Und das ist nicht alles. Man hat sich ferner bemüht, die insgeheim rivalisierenden Bemühungen der Mächte – vor



allem der Vereinigten Staaten und Deutschlands –, diverse Sezessionisten in ihre Einflussphären zu locken, vor der Öffentlichkeit verborgen zu halten. So hat die NATO 1999 in einer großen Demonstration weitgehend fiktiver westlicher Einigkeit von Jugoslawien verwüstet, was davon noch übrig war. Bis auf den heutigen Tag ist nichts wirklich geregelt, aber man spricht nicht mehr darüber. Eine geradezu klassische Situation: Die Mächte tragen ihre Rivalitäten aus, indem sie die Schwachen die Rechnung bezahlen lassen.

Das Beispiel sollte zu denken geben. Doch stattdessen wird es mystifiziert und pervertiert, um eine Militärpolitik zu rechtfertigen, die es zweifellos möglich macht zu »handeln«, jedoch mit ebenso wenig Prinzipien, intellektueller Seriosität und Zukunftsvision wie Europa im Augenblick der jugoslawischen Krise. Eine Militärmacht ohne Hirn, ist dies nicht genau der Vorwurf gegen die Regierung Bush? Also eine Militärmacht, aber wozu? Um wem zu folgen?

Auf diese entscheidenden Fragen hat die Verfassung, haben ihre Befürworter keine klare Antwort. Es sei denn, wie General de Gaulle, großer Spötter, der er war, schon sagte, in den Ruf auszubrechen: » Europa! Europa!«.

* Die US-amerikanische Autorin und Publizistin Diana Johnstone lebt in Paris. Ihr jüngstes Buch »La Croisade des Fous. Yougoslavie, première guerre de la mondialisation« est soeben im Verlag Le Temps des Cerises, Paris, erschienen (Preis: 18 EUR). Zum Thema des Artikels veröffentlichte die Autorin schon 1984 bei Verso, London, »The Politics of Euromissiles: Europe in America's World«.

(Übersetzung aus dem Französischen: Klaus von Rausendorff)